Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 18. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfg.
Auflage 34000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. – Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. – Daube & Co. in Frankfurt a. M. – Bureau d. „Invalidendank“. – Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 18 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. – Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 30 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14. gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

E. Pätzig, Fabrik-Lager sächsischer Spielwaaren 17 Moritzstrasse 17. **Spielwaaren zu Fabrikpreisen im Detail:** Ställe, Läden, Festungen, Küchen, Puppenstuben, Möbel, Damenbreter, Trommeln, Wagen, Schachtelwaaren etc. etc. im Hause des Juweliers Hrn. **Mau, 17 Moritzstrasse 17.**

Nr. 354. 24. Jahrg. 1879. Witterungsaussichten: Nebel, gelinder Frost, ruhig. **Dresden, Sonnabend, 20. December.**

Politisches.

Eine lange Friedensepoche steht uns bevor — dieses tröstliche Thema behandelt ein dem Fürsten Bismarck nahestehendes Berliner Blatt in einer Reihe von Artikeln. Ja, man führt den Ursprung dieser Auslassungen direkt auf Varzin zurück. Der äußere Friede ist nunmehr gesicherter als er seit Jahrzehnten war — diese Grundanschauung scheint sich bei dem Reichskanzler gefestigt zu haben. Der äußere Friede soll den Völkern die willkommene Möglichkeit bieten, auch zum inneren Frieden zu gelangen — so lautet die weitere, nicht minder ansprechende Schlußfolgerung:

„Schon zu lange, so wird ausgeführt — hätten die unaufhaltsam sich vollziehenden Wandlungen der äußeren Staatenverhältnisse die allgemeine Aufmerksamkeit immer wieder in Anspruch genommen. Jetzt verlangen die Völker die Einkehr bei sich, die Bestellung des eigenen Hauses, die Rückkehr zur Beschäftigung mit geistigen und Kultur-Interessen. Es weist der Völker Sinn sich wiederum nach Ruhe, aber nicht nach der Ruhe des Schlafes, sondern nach der Ruhe der friedlichen besonnenen Arbeit.“

Das sind Verheißungen, die gerade jetzt zum Weihnachtsfeste doppelt lieblich klingen. Freudig wird alle Welt aller Sorgen um die Erhaltung des allgemeinen Friedens sich entschlagen, wenn ein Staatsmann, der im Mittelpunkte der politischen Verwickelungen steht, dem seine Widersacher die Funktion der Unruhe in dem Räderwerk der Politik zuschreiben, dessen Persönlichkeit jedenfalls den Gang der Ereignisse wesentlich beeinflußte, wenn ein solcher Staatsmann die frohe Ueberzeugung gewonnen hat: auf Jahre hinaus ist der Friede in Europa gesichert. Fürst Bismarck strebt, Mancherlei läßt dies erkennen, darnach, seine Friedens-Ideen zu verbreiten und bei anderen Staaten die freiwillige Zustimmung dazu zu erhalten. Ob er allseitig damit durchdringen wird, bleibt eine offene Frage. Immer Frieden zu halten, widerstrebt in gewissem Sinne der menschlichen Natur. Aber es gewährt doch eine große Beruhigung und starke Zuversicht, zu wissen, daß der Träger einer Macht, wie das waffenstarrende Deutschland, seinen gewaltigen Einfluß dazu verwendet, einen langen Frieden in Europa zu begründen, auf der Basis, welche der deutsch-österreichische Friedensbund einnimmt.

Fürst Bismarck will außerdem auch den inneren Frieden. Er warnt vor unfruchtbaren und gemeinschädlichen Kämpfen um den Besitz der Staatsgewalt. Von solchen Kämpfen um Machtgewinn lenke sich der öffentliche Geist ab, dieser verlange tüchtige Arbeit an den inneren Reformen. Auch das ist ein lobenswerthes Programm, nur kommt es hierbei recht genau auf den Inhalt an. Wenn man z. B. den Machtbesitz der Einzelstaaten Deutschlands zu schmälern nicht müde wird, indem man ihrer Eisenbahnen sich zu bemächtigen trachtet, so entfesselt man damit ganz unnöthiger Weise Machtfragen und verbreitet Beunruhigung in den weitesten Kreisen. Nur die Börse und ihr Anhang freut sich über solche Projekte. Wenn z. B. der Generalpostmeister Dr. Stephan im Herrenhause der Regierung den Wink gab, sie möchte so schleunig als möglich die nach Süddeutschland führenden Privatbahnen ankaufen, so ist für den „Giftbaum“ ein solches Wort nicht umsonst gesprochen. Eine Courstreiberei der Aktien jener Bahnen wird gar bald eintreten und die preußischen Steuerzahler werden das Vergnügen haben, die Main-Weser- und die Thüringer Bahn über den Span zu bezahlen. Umgekehrt würde auf keinem Gebiete Fürst Bismarck auf freudigere Zustimmung der deutschen Nation rechnen dürfen, als wenn er zu verwirklichen Anstalt machte, was er neulich dem italienischen Senator Jacini schrieb: „Das Einvernehmen aller conservativen und friedlichen Mächte gewähre die Möglichkeit einer Abrüstung.“ An diesen Ausspruch des Fürsten Bismarck anknüpfend, führte neulich der baierische Abgeordnete Jörg aus:

„Baiern solle sein Geld für Gesandtschaften lieber verwenden zu einer kräftigen Vertretung in Berlin und bei den deutschen Bundesstaaten, aber auch dazu, unserem Civilstaat beizustehen in der Nothwehr gegen den Militärstaat. Bisher war es nicht nützlich, an diesen Fragen zu rühren; aber er wittere Morgenluft. Er erinnert an den Abrüstungsbrief des Fürsten Bismarck an Jacini. Wenn der Gedanke selbst bei dem Reichskanzler Platz greife, hätte unsere Diplomatie eine schöne Aufgabe, zu verhindern, daß wir wieder Schlachten zu schlagen genöthigt werden. Geschieht nichts in der Richtung, dann werden wir nach Moltke's Wort ein Volk von fechtenden Bettlern werden. (Sehr richtig!) Dann auf die inneren Gefahren seitens der Sozialdemokratie zu sprechen kommend, schloß Abg. Jörg: „Ueber die wahren Mittel zur Beseitigung der sozialen Gefahr höre er Niemand besser sprechen, als Se. Majestät den greisen deutschen Kaiser Wilhelm. Der erste Schritt zu dieser Beseitigung sei die Rückkehr zum bürgerlichen Leben.“

Das sind beherzigenswerthe Wahrheiten. Für die nächste Zeit muß es uns freilich schon als Trost erscheinen, daß sich die Meldungen von einer namhaften Steigerung des Militär-Etats nicht bestätigen. Vielmehr hört die „Volkszeitung“ von berufener Seite, daß der Reichsmilitäretat für das nächste Jahr keine Mehrforderungen von Belang aufzuweisen haben wird. Wie viel die Erhöhung der Fouragepreise für Roggen, Hafer rc. betragen wird, läßt sich augenblicklich in bestimmter Angabe noch nicht übersehen; es wird jedoch angenommen, daß die Summe zwischen 3 bis 5 Millionen Mark variiren wird.

Der Großfürst-Thronfolger ist mit seiner Familie von Zarskoj-Selo nach Petersburg übergesiedelt, es heißt, auf besondere Einladung seines Vaters, des Zaren. Dieser verharrt nach wie vor auf seiner Abneigung gegen die Gewährung von Volksrechten. Alexander II. dürfte mit dieser Anschauung in seinem weiten Reiche so ziemlich allein stehen. Es giebt in Rußland nachgerade keine Partei mehr, welche nicht erkannt hätte, daß mit dem System des Schreckens, mit dem ewigen Hängen, Einkerkern und Verbannen nicht länger weiter gewirthschaftet werden kann, ohne die schwersten Erschütterungen über das Reich und seine Dynastie zu verhängen. Der gebildete Bürgerstand in den Städten verlangt schon lange nach einer Verfassung, der Adel will in einer gewählten Versammlung vertreten sein, selbst der Bauernstand nicht länger wie eine asiatische Sklavenhorde regiert werden. Wenn diese Ueberzeugung sich sogar bereits in Kundgebungen der russischen Generäle äußert, so macht das Widerstreben des Zaren gegen die allgemeine Volksstimmung einen befremdenden Eindruck. Die Hartnäckigkeit Alexander II., mit der er sich gegen die Mitwirkung des Volks zur Heilung der schweren Gebrechen im Staats- und Volksleben stemmt, findet nur ihr Gegenstück in der unglaublichen Zähigkeit, mit welcher Verruchte das Leben des Zaren bedrohen. Die Polizei ist rathlos, sie hat keine Spur von den Bewohnern des geheimnißvollen Moskauer Häuschens, aus welcher die Leitung in die Dynamitbatterie unter den Eisenbahnkörper ging; sie hat nicht verhindert, daß ein neues Attentat gegen den General Drenteln, den Chef der Petersburger Polizei verübt wurde, das zwar glücklicherweise fehlschlug, aber den General bewog, um seine Enthebung einzukommen. Originell ist ein Schriftstück, welches sämmtliche russische Gesandte im Ausland von dem Nihilisten-Komitee in Genf, unterzeichnet Korobeff erhalten haben und das folgenden Gedankengang entwickelt: „Die gebildeteren Russen haben seit Jahren auf alle mögliche Art und Weise dem Zaren zur Kenntniß gebracht, daß die Nation nicht länger unter dem unerhörten Drucke eines gewissenlosen Despotismus schmachten wolle. Man hat dem Zaren erklärt, daß er das mündig gewordene Volk zur Theilnahme am öffentlichen Leben zulassen müsse. Man gab dem allgemeinen Wunsche Ausdruck, daß Rußland aufhöre, ein von einigen Despoten mißregiertes Reich zu sein. Alexander II. blieb allen diesen Forderungen gegenüber taub. Die unmoralische Schreckensherrschaft wurde fortgesetzt und die Ketten noch verstärkt. Diesem elenden Zustande muß ein Ende gemacht werden. Das Komitee fordert Sie, Herr Vertreter, auf, dem Zaren mitzutheilen, daß man von ihm die unmittelbare Proklamirung einer Konstitution gebieterisch fordere, und daß, falls er dieser Forderung nicht in der kürzesten Frist gerecht werden sollte, wir ihn ...... werden.“

Locales und Sächsisches.

Berlin, 19. December. Der deutsch-italienische Handels- und Schifffahrtsvertrag wurde soeben auf ein Jahr, bis Ende 1880, der deutsch-schweizerische Handelsvertrag vorläufig auf sechs Monate, bis Ende Juni 1880, verlängert. (Und der deutsch-österreichische?)

Berlin, 19. December. Im Abgeordnetenhause interpellirte der Abg. v. Hüne: was die Regierung angesichts des Nothstandes in Schlesien zu thun gedenke? Der Finanzminister Bitter anerkennt das Steigen des Nothstandes in den letzten 4 Wochen, welcher durch die Mißernte und die Ueberschwemmungen hervorgerufen, noch durch den harten Winter, den Typhus und den Wucher erschwert sei. Die Regierung werde nach Wiederaufnahme der Arbeiten im Hause detaillirte Vorschläge über die zu gewährende Unterstützung durch eine Kreditforderung machen. Es solle und werde Alles geschehen, um dem Nothstande zu steuern. Am besten geschehe dieses durch das Zusammenwirken des Staates mit der Provinzialverwaltung und der nicht genug anzuerkennenden Privatwohlthätigkeit. Soweit nicht Arbeit gegeben werden könne, solle durch Darreichung von Lebensmitteln geholfen werden. Die Provinzialverwaltung habe ihr Möglichstes gethan. Die Aufgabe der Regierung sei, nicht blos dem Nothstande zu steuern, sondern auch der Wiederholung desselben vorzubeugen, indem sie jene Gegenden dem allgemeinen Verkehre näher bringe, die landwirthschaftlichen Zustände verbessere und die Erwerbsthätigkeit hebe. Darauf erledigte das Haus mehrere unbedeutende Gesetze.

Wien, 19. December. Die von beiden Häusern des Reichsraths beschickte Ausgleichs-Konferenz beschloß mit allen Stimmen gegen eine: den § 2 des Wehrgesetzes zur Annahme vorzuschlagen. (Deshalb braucht sich im Abgeordnetenhause noch nicht die ⅔ Mehrheit dafür zu finden.) Das Präsidium führte Herr v. Schmerling.

London, 19. Dez. Reuter's Bureau meldet aus Kalkutta: General Gough brach am 17. Dez. von Jagdallak auf und marschirte auf Kabul; die Verbindung mit Gough wurde am folgenden Tage hergestellt und leisteten die dortigen Stämme keinen ernstlichen Widerstand.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

— Se. Maj. der König kam gestern Vormittag ½11 Uhr in Begleitung des k. Flügeladjutanten Herrn Major von Ehrenstein von Strehlen aus nach dem hiesigen Residenzschlosse und nahm die Meldungen von Offizieren und Vorträge der Herren Staatsminister sowie der höheren Hofbeamten rc. entgegen. Die Rückkehr nach der k. Villa in Strehlen erfolgte Nachmittags gegen ½2 Uhr.

— II. MM. der König und die Königin werden am Neujahrstage Nachm. ½2 Uhr die Mitglieder der Ständekammern in besonderer Cour empfangen.

Die Kammervirtuosin Frln. Marie Krebs hat vom König von Württemberg die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft erhalten.

— Landtag. Die 1. Kr., der Vicepräs. Landesältester Hempel präsidirte, genehmigte gestern den Verkauf des Vorwerkes Petrich (Referent v. Farber), überwies die Petition der Stadtgemeinde Altenberg um Bewilligung einer Beihilfe aus Staatsmitteln behufs Verminderung der ihr in Folge elementarer Ereignisse erwachsenen Schuldenlast der Regierung zur Berücksichtigung aus dem Fonds zur Unterstützung bei Brand- und anderen Unglücksfällen (Ref. Bürgermeister Clauß) und ließ eine Eingabe des Rittergutsbesitzers v. Sommerlatt in Kleinwölkau, einen Anspruch auf Vergütung von Manöverschäden betr. (Ref. von Wetzdorf), sowie die Petition des Kreisturnraths des 14. deutschen Turnkreises (Kgr. Sachsen) um Bewilligung einer jährlichen Beihilfe von 10,000 Mk. an die Turnvereine Sachsens zur Ausbildung von Turnwarten und Vereins-Vorturnern (Ref. v. Finck) auf sich beruhen. — Im gestrigen Landtag berichte muß es bei der Rede des Abg. Berndt zu der Petition des Vereins sächsischer Gemeindebeamten um Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Civilstaatsdienern hinsichtlich der Pensionsverhältnisse ausdrücklich heißen, daß er die Petenten (nicht die Gemeinden) auf den Weg der Selbsthilfe (Gründung eigener Pensionskassen unter sich oder gemeinsamen Einkauf in entsprechende Versicherungs- und Rentenanstalten rc.) hingewiesen habe. Ganz ähnliche Einrichtungen bestehen bereits z. B. bezüglich der unteren königl. sächs. Eisenbahnbeamten, sowie der unteren Reichspost- und Telegraphenbeamten und bewähren sich segensreich.

— Gestern früh begann die 14. öffentliche Plenarsitzung des Landeskulturraths unter Vorsitz des Oberstlieut. v. Metzsch. Aus den Registrandenmittheilungen sei bemerkt, daß im Herbst 1882 in Zwickau eine größere landwirthschaftliche Ausstellung stattfinden soll. Ein Antrag, welcher Verringerung der Kosten der Wahlen zum Landeskulturrathe bezweckt, fand Annahme. Betreffs der früher vom Landeskulturrathe beantragten leihweisen Ueberlassung von Beschälern an Pferdezucht-Genossenschaften und Vereine wünscht das Ministerium Aufstellung der Bedingungen. Die betr. Vorschläge der Pferdezuchtkommission, welche Oberstallmeister Graf zu Münster vertrat, fanden gleichfalls Annahme. Weiter berichtete Graf zu Münster über eine Denkschrift der bairischen Regierung, die mittelst Abänderung der Gewerbeordnung eine Einschränkung in Haltung von Privatbeschälern fordert, die Kommission beantragte beim Ministerium des Innern den Beitritt zu befürworten; die Versammlung wies aber zum Zwecke des Formulirens eines präcisen Antrags den Gegenstand an die Commission zurück. Der landw. Kreisverein im Voigtlande wünscht, daß Sprungbullen zum öffentlichen Gebrauch einem besonderen Körungsverfahren unterworfen werden. Ueber diesen Gegenstand berichtete Generalsekretär v. Langsdorff und beantragte: vor Eintritt in die materielle Behandlung dieses Gegenstandes das Ministerium des Innern zu ersuchen, durch die Gemeindevorstände bez. Gutsvorsteher amtliche Erhebungen über den derzeitigen Zustand des Bullenwesens veranlassen zu wollen. Zugleich unterbreitete Antragsteller Entwürfe von diesbezügl. Fragebogen. Der ministerielle Commissar, Reg.-Rath Koch, gab anheim, ob die gewünschte Erhebung nicht in Verbindung mit der nächstjährigen Viehzählung zu veranstalten sei, da die Ernteerhebung für 1879 bereits ihrem Abschluß nahe sei. Uhlemann sprach sich im gleichen Sinne aus. Zugleich bezeichnete er die Erntestatistiken durch die Gemeindevorstände rc. als das Unzulässigste, was es gebe. Prof. Richter-Tharandt sprach warm für dieses Verfahren. Unsere Erntestatistiken seien keineswegs so schlecht, daß sie nicht einen Rückschluß gestatteten. Wenn man tadeln wolle, möge man auch Vorschläge zur Besserung machen. v. Schönberg-Bornitz meinte, Richter würde nicht so erregt sein, wenn er an Ort und Stelle und nicht blos am grünen Tische Gelegenheit gehabt hätte, sich von den Verhältnissen zu überzeugen. Prof. Richter wies diese Bemerkung zurück, indem er auf seine praktischen Erfahrungen Bezug nahm. Auch Köbert war der Ansicht, daß es mit den Ernteerhebungen nicht ganz so schlimm sei, wie Uhlemann behaupte. Die Einrichtung lebe sich immer mehr ein. Der Antrag v. Langsdorff's ward angenommen, ein Antrag der Maschinenprüfungs-Kommission (Ref. Reg.-Rath Dr. Hartig) auf Ankauf von Berichten über neue Versuche mit Maschinen und Vertheilung derselben an die landw. Vereine dagegen abgelehnt. Auf Vortrag Oehmichen's wurde die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei Stellung von Stuten in Mobilmachungsfällen für tragende und zur Zucht benützte Stuten Berücksichtigungen eintreten. Ueber die Volks- und Viehzählung i. J. 1880 berichtete Kreissekretär Wedding. Die vom Generalsekretär v. Langsdorff gestellten Anträge, die eine Vervollständigung der Fragen über landwirthschaftliche Angelegenheiten bezwecken, wurden angenommen. Eine längere Debatte rief die Frage einer Veränderung der Branntweinsteuer hervor. Die beiden Referenten, von Oehlschlägel und v. Schönberg-Bornitz, standen sich prinzipiell insofern gegenüber, als der Erstere für Erhaltung der Maischraumsteuer, der Letztere für Fabrikatsteuer eintrat. v. Schönberg meinte, die Maischraumsteuer gebe zu vielen Betrügereien Anlaß (Oho!). Die Besitzer der Brennereien wüßten nichts davon, aber die Tantiemebrenner thäten alles Mögliche, um die Steuer zu hintergehen. Prof. Niemeyer sprach für einen normalen Steuersatz für landwirthschaftliche Brauereien, der im Verhältniß zu dem Ackerlande stehe. Für den industriellen Großbetrieb solle ein entsprechender Zuschlag erhoben werden. Er ist für die Raummaischbesteuerung; dagegen sei es recht und billig, die Rübenzuckerproduktion einer Fabrikatsteuer zu unterwerfen. Günther-Saalhausen trat entschieden der Behauptung entgegen, als seien in Sachsen bei der Spiritus- und Zuckerproduktion Steuerdefraudationen an der Tagesordnung. v. Schönberg erklärte, er habe nur sagen wollen, daß der Steuermodus Betrügereien ermögliche. Prof. Richter wendete sich gegen die Fabrikatsteuer. Er stellte im nächsten Reichstage eine große Opposition gegen die Brausteuererhöhung in Aussicht, wenn nicht zugleich die Zucker- und Branntweinsteuer erhöht werde. Seiler-Neuensalz erklärte die Raummaischsteuer für eine der unglücklichsten, während die Fabrikatsteuer die der ehrlichen Leute sei (Oho!). Nachdem v. Oehlschlägel die Seiler'schen Ausführungen widerlegt, siegte die Raummaischsteuer über die Fabrikatsteuer. Wenn gleichwohl jemals Einführung der Fabrikatsteuer für die Spiritusproduktion beschlossen werden solle, lautet der Beschluß weiter, so würde gleichzeitige Einführung solcher für die Zuckerproduktion unbedingt Erforderniß sein.

— Als vorgestern gegen Abend J. K. H. die Frau Prinzessin Georg mit dem Prinzen Friedrich August und einer Prinzessin auf dem Trottoir der Pillnitzerstraße nach der Stadt zurückkehrte, glitten die prinzlichen Kinder auf einem der zur Winterzeit so gefürchteten eisernen Schleußendeckel aus und vermochten sich nur mit der größten Anstrengung auf den Beinen zu erhalten. Der von der Behörde verfügte Ersatz derartiger Schwellen durch hölzerne wird daher auch in Rücksicht auf die dem Publikum fortwährend drohende Gefahr des Niederstürzens mit Freuden begrüßt werden.

Die Eisdecke der Elbe erstreckt sich nunmehr innerhalb Sachsen 1) von Vogelgesang bis Postelwitz und auf ca. 800 Meter Länge von der sogen. Ulrich'schen Mühle unterhalb Schmilka stromabwärts, 2) von Wildberg (Niederwartha) bis zum Loschwitzer Hafendamm mit nur geringen Unterbrechungen und 3) von der sächsisch-preußischen Landesgrenze bis Meißen mit einer Unterbrechung von Diesbar abwärts bis Gröbel. Uebergänge sind hergestellt und passirbar: bei Postelwitz, [illegible], Schandau 2, Königstein, Rathen-[illegible], Vogelgesang, Pleschen, Uebigau, Obergohlis u. Gohlis. Am 12. d. früh in der 6. Stunde erfolgte unterhalb Meißen ein starkes Zusammenschieben des Eises und hat sich dasselbe von der sogen. Karpfenschänke bis auf 1½ Kilometer Länge unterhalb derselben schutzartig zusammengedrängt und an 2 Stellen sogar bis ca. 3 Meter über dem Wasserspiegel aufgethürmt. Von Aussig (Böhmen), Torgau und Magdeburg wird Eisstand, von Wittenberg, Roßlau, Barby und Wittenberge Eisgang gemeldet.

— Das Eis auf der Elbe ist jetzt auch bei Loschwitz und Blasewitz zum Stehen gekommen, so daß die Ueberfahrt zwischen diesen beiden Orten hat eingestellt werden müssen. Wenn nun das Eis nicht wieder zusammenrücken sollte, so ist vor der Hand eine Verbindung dieser Orte an dasige Fähre nicht eher möglich, als bis die Eisdecke festgefroren ist und der Uebergang auf dieser stattfinden kann.